

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Erster Teil: Einführung in die Thematik und Definition der Unternehmenskrise	33
Erstes Kapitel: Einleitung	33
§ 1 Untersuchungsgegenstand, Zielsetzung der Arbeit und Themenbegrenzung	33
§ 2 Gang der Untersuchung / Methodik	38
§ 3 Terminologischer Überblick	39
Zweites Kapitel: Geschäftsleiterpflichten und Interessenberücksichtigung im laufenden Geschäftsbetrieb	44
§ 1 Ausgangslage: Prinzipal-Agenten-Konflikt	44
§ 2 Grundlegende Geschäftsleiterpflichten	46
§ 3 Shareholder- vs. Stakeholder Value-Ansatz	54
Drittes Kapitel: Definition der Unternehmenskrise	84
§ 1 Betriebswirtschaftliche Definitionen	84
§ 2 Juristische Definitionen	86
§ 3 Definition der Unternehmenskrise in dieser Arbeit	94
Zweiter Teil: Fallgruppenspezifische Handlungsmaximen in der Unternehmenskrise	113
Erstes Kapitel: Überwachungspflichten	115
§ 1 Pflicht zur kontinuierlichen Selbstkontrolle	115
	9

Inhaltsübersicht

§ 2 Intensivierung der Überwachungspflichten mit fortschreitender Krise	124
§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	127
Zweites Kapitel: Informationspflichten	129
§ 1 Informationspflichten gegenüber den Gesellschaftern	129
§ 2 Informationspflichten gegenüber den Gläubigern	146
§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	151
Drittes Kapitel: Sanierungspflicht der Geschäftsleiter	158
§ 1 Begriffsbestimmung	158
§ 2 Sanierungspflicht vs. Entscheidungsbefugnis	159
§ 3 Pflichten bei Aussichtslosigkeit der Sanierung	169
§ 4 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	170
Viertes Kapitel: Durchführung der Sanierung	171
§ 1 Zuständigkeit für die Auswahl der Sanierungsmaßnahmen	171
§ 2 Entscheidungskriterien bei der Wahl der Sanierungsmaßnahmen	172
§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	190
Fünftes Kapitel: Risikobehaftete Geschäfte in der Unternehmenskrise	194
§ 1 Das Problem des Gambling for Resurrection	194
§ 2 Begriffsbestimmung, Abgrenzung und Quantifizierung	196
§ 3 Handlungsmaßstäbe nach geltendem Recht	202
§ 4 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	243
Dritter Teil: Gläubiger- vs. Gesellschafterinteressen in der Unternehmenskrise	245
Erstes Kapitel: Praktische Relevanz – Fälle konfligierender Interessen	246

§ 1	Gesellschafterinteressen in der Unternehmenskrise	246
§ 2	Gläubigerinteressen in der Unternehmenskrise	247
§ 3	Gleichlauf oder Konflikt der Interessen? Fallbeispiele	250
§ 4	Zwischenfazit	254
Zweites Kapitel: Meinungsstand – England vs. Deutschland		256
§ 1	England: Shift of Fiduciary Duties	256
§ 2	Deutschland: Alles beim Alten – oder etwa doch nicht?	265
§ 3	Zwischenfazit	271
Drittes Kapitel: Übertragbarkeit des englischen Konzeptes?		273
Vierter Teil: Entwicklung eines eigenen Modells zur Interessensausartierung: Das Drei-Phasen-Modell		275
Erstes Kapitel: Bedarf für ein eigenes Modell		276
§ 1	Faktische Regelungslücke – Fallgruppenanalyse	276
§ 2	Bedürfnis für weitergehenden Gläubigerschutz – Problem der masselosen bzw. -armen Insolvenzen	280
§ 3	Bestehende Rechtsunsicherheit	292
§ 4	Zwischenfazit	292
Zweites Kapitel: Das Drei-Phasen-Modell		294
§ 1	Drohende Unternehmenskrise – Vorrang der Gesellschafterinteressen	294
§ 2	Akute Unternehmenskrise – Vorrang der Gläubigerinteressen	295
§ 3	Präsente Unternehmenskrise – Differenzierte Betrachtung	301
§ 4	Drei-Phasen-Modell vs. Gesellschafterwille im GmbH-Recht	305
§ 5	Praktische Konsequenzen des Drei-Phasen-Modells	307
§ 6	Grafische Darstellung: Das Drei-Phasen-Modell	326
Drittes Kapitel: Möglichkeit einer entsprechenden Auslegung des geltenden Rechts		327

Inhaltsübersicht

Viertes Kapitel: Kodifikation des Drei-Phasen-Modells	329
§ 1 Regelungsauftrag an den Gesetzgeber und Umfang der Regelung	329
§ 2 Verortung: Kollisionsrechtliche Qualifikation als Gesellschaftsrecht	330
§ 3 Vorschlag zur Ergänzung des Aktiengesetzes	332
 Fünfter Teil: Fazit, Ausblick und Zusammenfassung	 336
Erstes Kapitel: Fazit der Arbeit	336
Zweites Kapitel: Ausblick nach Brüssel	339
Drittes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	341
§ 1 Interessensausartierung im laufenden Geschäftsbetrieb	341
§ 2 Definition der Unternehmenskrise	341
§ 3 Überwachungspflichten in der Unternehmenskrise	342
§ 4 Informationspflichten in der Unternehmenskrise	343
§ 5 Sanierungspflicht	345
§ 6 Durchführung der Sanierung	346
§ 7 Risikobehaftete Geschäfte	348
§ 8 Das Drei-Phasen-Modell	351
§ 9 Ausblick nach Brüssel	354
 Literaturverzeichnis	 355

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Erster Teil: Einführung in die Thematik und Definition der Unternehmenskrise	33
Erstes Kapitel: Einleitung	33
§ 1 Untersuchungsgegenstand, Zielsetzung der Arbeit und Themenbegrenzung	33
§ 2 Gang der Untersuchung / Methodik	38
§ 3 Terminologischer Überblick	39
I. Geschäftsleiter	39
II. Gesellschafter	40
III. Gläubiger	41
Zweites Kapitel: Geschäftsleiterpflichten und Interessenberücksichtigung im laufenden Geschäftsbetrieb	44
§ 1 Ausgangslage: Prinzipal-Agenten-Konflikt	44
§ 2 Grundlegende Geschäftsleiterpflichten	46
I. Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	46
1. Dogmatische Verankerung und Grundsätze	46
2. Business Judgment Rule – Bedeutung und Reichweite	47
II. Unternehmerisches Leitungsermessen vs. Weisungsgebundenheit	51
§ 3 Shareholder- vs. Stakeholder Value-Ansatz	54
I. Historische Wurzeln der Geschäftsleiterpflichten in England und Deutschland	54
II. Shareholder Value – Begrifflichkeit	56

III. England: Von der Shareholder Primacy zum Enlightened Shareholder Value	58
1. Shareholder Primacy als Ausgangspunkt	59
2. Sec. 172 (1) CA 2006	60
3. Einbeziehung von Gläubigerinteressen?	62
4. Rolle der Interessensausrichtung für die Haftung nach englischem Recht – Angst vor dem Hindsight Bias	62
IV. Deutschland: Orientierung am Unternehmensinteresse	64
1. Dogmatische Verankerung	65
2. Begrifflichkeit: Unternehmens- bzw. Gesellschaftsinteresse	66
3. Aktienrecht	67
a) Ablehnung des Shareholder Value-Ansatzes in Deutschland	67
b) Definition des Unternehmensinteresses	69
aa) Interessenpluralistischer Ansatz	69
bb) Gewichtungsvorrang der Gesellschafterinteressen?	72
4. GmbH-Recht	73
5. Plädoyer für einen Vorrang der Gesellschafterinteressen im Konfliktfall	75
a) Interessensausartierung als Idealfall	75
b) Vorrang der Gesellschafterinteressen bei Interessenkonflikten	78
c) Disponibilität	81
V. Zwischenfazit	82
Drittes Kapitel: Definition der Unternehmenskrise	84
§ 1 Betriebswirtschaftliche Definitionen	84
§ 2 Juristische Definitionen	86
I. Gesellschaftsrechtliche Krise	87
1. Gesetzliche Definitionen	87
2. Ähnliche Begriffe und deren Auslegung	88
3. Definitionsvorschläge des Schrifttums	89
4. Exkurs: Definition in Österreich	91
II. Insolvenzrechtliche Krise	92

§ 3 Definition der Unternehmenskrise in dieser Arbeit	94
I. Weite Definition der Unternehmenskrise	95
1. Früher Ansatzpunkt	95
2. Kombination aus unbestimmten Rechtsbegriffen und Indikatoren	97
a) Bestandsgefährdung als Anknüpfungspunkt	98
b) Auswahl der Indikatoren	100
aa) Eigenkapitalquote	100
bb) Fiktive Schuldentilgungsdauer	103
c) Branchenbezug	103
d) Rolle der Indikatoren für die Ermittlung der Unternehmenskrise	105
3. Zwischenfazit	106
II. Drei Phasen der Unternehmenskrise	107
1. Drohende Unternehmenskrise	108
2. Präsenzte Unternehmenskrise	109
3. Akute Unternehmenskrise	109
4. Erörterung der Kennzahlen	111
5. Auslegungsbedürftigkeit	111
III. Verhältnis zum IDW S 6	112
 Zweiter Teil: Fallgruppenspezifische Handlungsmaximen in der Unternehmenskrise	 113
 Erstes Kapitel: Überwachungspflichten	 115
§ 1 Pflicht zur kontinuierlichen Selbstkontrolle	115
I. Herleitung der Pflicht	116
II. Zeitliche Reichweite	117
III. Organisatorische Anforderungen: Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems	118
1. AG: Pflicht zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems	118
2. GmbH: Aktueller Meinungsstand	119
3. Stellungnahme: Pflicht unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit	120

IV. Inhaltliche Reichweite vor und während der drohenden Unternehmenskrise	122
1. Observation des Unternehmensumfeldes	122
2. Finanzkennzahlenanalyse und Unternehmensplanung	123
§ 2 Intensivierung der Überwachungspflichten mit fortschreitender Krise	124
I. Überwachungspflichten in der präsenten Unternehmenskrise	124
II. Überwachungspflichten in der akuten Unternehmenskrise	126
§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	127
Zweites Kapitel: Informationspflichten	129
§ 1 Informationspflichten gegenüber den Gesellschaftern	129
I. Einberufungspflicht bei qualifizierter Unterbilanz	130
II. Allgemeine Einberufungspflicht	130
1. GmbH: Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung	130
a) Meinungsstand	131
b) Plädoyer für eine Einberufungspflicht	133
2. AG: Pflicht zur Einberufung einer Hauptversammlung nur bei Beschlussnotwendigkeit	135
III. Anzeigepflicht gegenüber den Gesellschaftern	139
1. Verbandsrechtliche Informationspflicht gegenüber den Aktionären?	139
2. Anzeigepflicht der Geschäftsführer	141
a) Meinungsstand	141
b) Plädoyer für eine frühzeitige Informationspflicht	142
IV. Information des Aufsichtsrats	143
1. Meinungsstand	143
2. Plädoyer für eine Pflicht zur Information des Aufsichtsrats über den Eintritt einer drohenden Unternehmenskrise	145
§ 2 Informationspflichten gegenüber den Gläubigern	146
I. Vertragliche Nebenpflicht?	147
II. Informationsrecht und Ermessensreduktion auf Null	149
III. Sonderfall: Begründung neuer Verbindlichkeiten mit Altgläubigern	150

§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	151
I. Information der Gesellschafter	151
1. Einberufungspflicht bei qualifizierter Unterbilanz	151
2. Einberufungspflicht in der präsenten Unternehmenskrise	153
3. Information der Gesellschafter bzw. des Aufsichtsrats	155
II. Information der Gläubiger	155
III. Zwischenfazit	156
 Drittes Kapitel: Sanierungspflicht der Geschäftsleiter	158
§ 1 Begriffsbestimmung	158
§ 2 Sanierungspflicht vs. Entscheidungsbefugnis	159
I. Die Sanierungspflicht der Geschäftsleiter	159
1. Dogmatische Herleitung und Inhalt der Sanierungspflicht	159
2. Zeitliche Reichweite der Sanierungspflicht	160
a) Frühzeitiger Beginn der Sanierungspflicht	160
b) Ende der Sanierungspflicht	161
3. Inhaltliche Reichweite der Sanierungspflicht	162
a) Drohende Unternehmenskrise: Pflicht zur Ergreifung von Krisenabwehrmaßnahmen	162
b) Präsenze Unternehmenskrise: Pflicht zur Sanierungsprüfung	162
aa) Prüfung der Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit	163
bb) Erstellung eines Sanierungskonzeptes	164
II. Zuständigkeit für die Entscheidung über das „Ob“ der Sanierung	165
1. GmbH: Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	165
2. AG	167
a) Unbedingte Sanierungspflicht des Vorstands vs. faktische Macht der Hauptversammlung	167
b) Rolle des Aufsichtsrats	168
§ 3 Pflichten bei Aussichtslosigkeit der Sanierung	169
§ 4 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	170

Viertes Kapitel: Durchführung der Sanierung	171
§ 1 Zuständigkeit für die Auswahl der Sanierungsmaßnahmen	171
§ 2 Entscheidungskriterien bei der Wahl der Sanierungsmaßnahmen	172
I. Interne oder externe Sanierung	173
1. Mögliche Sanierungsmaßnahmen – Überblick und Einzelfragen	173
2. Rangverhältnis zwischen interner und externer Sanierung?	177
II. Übertragende Sanierung und Sanierungsfusion vs. Sanierungspflicht der Geschäftsleiter	178
III. Das Insolvenzplanverfahren als Sanierungsmethode	179
1. Aufstellung eines Insolvenzplans – Recht oder Pflicht?	180
2. Sonderfall: Insolvenzantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit	182
a) Entscheidungskompetenz der Geschäftsleiter	182
aa) Die Entscheidung des OLG München für die GmbH & Co. KG	182
bb) Meinungsstand bei der GmbH	183
cc) Meinungsstand bei der AG	184
dd) Stellungnahme	185
(1) Bestandsanalyse de lege lata	185
(a) Argumente gegen einen Zustimmungsvorbehalt	185
(b) GmbH vs. AG	186
(2) Plädoyer für eine gesetzliche Klarstellung bzw. Korrektur	189
b) Recht zur Insolvenzantragstellung vs. Sanierungspflicht?	189
c) Zwischenfazit	190
§ 3 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	190
Fünftes Kapitel: Risikobehaftete Geschäfte in der Unternehmenskrise	194
§ 1 Das Problem des Gambling for Resurrection	194
§ 2 Begriffsbestimmung, Abgrenzung und Quantifizierung	196
I. Entscheidungen unter Risiko vs. Entscheidungen unter Ungewissheit	197

II. Risikobetrachtung aus verschiedenen Blickwinkeln:	
einzelprojekt- und bestandsbezogene Risiken	198
III. Quantifizierung von Risiken	199
1. Einzelprojektbezogene Risiken	199
2. Bestandsbezogene Risiken	200
3. Rechtliche Anforderungen an die Quantifizierung von Risiken	201
§ 3 Handlungsmaßstäbe nach geltendem Recht	202
I. Entscheidungsbefugnisse der Geschäftsleiter	202
1. AG: Leitungsaufgabe des Vorstands	202
a) Keine allgemeine ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz	202
b) Rolle des Aufsichtsrats	203
2. GmbH: Zustimmungsvorbehalt zugunsten der Gesellschafter	205
a) Meinungsstand	205
b) Stellungnahme	206
II. Handlungsspielraum der Geschäftsleiter	207
1. Fortgeltung der Business Judgment Rule in der Unternehmenskrise	207
2. Grenzen des Handlungsspielraums	209
a) Risikobegrenzung durch den Unternehmensgegenstand	209
b) Eingehung von Klumpenrisiken	211
c) Bestandsgefährdende Risiken	213
aa) Rechtsprechung im Überblick	213
bb) Meinungsstand im Schrifttum	215
(1) Laufender Geschäftsbetrieb	215
(2) Unternehmenskrise	219
cc) Sonderfall: Existenzgefährdende Weisungen	220
d) Einzelprojektbezogene Risiken	222
aa) Projektabgrenzung	222
bb) Rechtsprechung im Überblick	223
cc) Meinungsstand im Schrifttum	227
(1) Laufender Geschäftsbetrieb	227
(2) Unternehmenskrise	230
e) Zwischenfazit	231

Inhaltsverzeichnis

f) Stellungnahme und Darstellung möglicher Handlungsmaximen in der Unternehmenskrise	231
aa) Bestandsgefährdende Risiken	232
(1) Bestandsschutz als oberste Handlungsmaxime?	232
(2) Kein Verbot abstrakt bestandsgefährdender Risiken	232
(3) Weiter Handlungsspielraum während des laufenden Geschäftsbetriebs	234
(4) Abgestufte Handlungsmaximen in der Unternehmenskrise	235
(a) Intensivierung der Informationsbeschaffungs- und -würdigungspflicht	236
(b) Verringerung des Wahrscheinlichkeitsgrads der Risikoverwirklichung	237
bb) Einzelprojektbezogene Risiken	238
(1) Keine starren Grenzen im laufenden Geschäftsbetrieb	238
(2) Abgestufte Handlungsmaximen in der Unternehmenskrise	240
(a) Positiver Nettobarwert	240
(b) Payback-Dauer	241
cc) Zwischenfazit	242
§ 4 Gesellschafter- oder Gläubigerinteressen?	243
 Dritter Teil: Gläubiger- vs. Gesellschafterinteressen in der Unternehmenskrise	 245
 Erstes Kapitel: Praktische Relevanz – Fälle konfligierender Interessen	 246
§ 1 Gesellschafterinteressen in der Unternehmenskrise	246
§ 2 Gläubigerinteressen in der Unternehmenskrise	247

§ 3 Gleichlauf oder Konflikt der Interessen? Fallbeispiele	250
I. Fallbeispiel 1: Sanierung in der Krise – Wieviel Risiko ist erlaubt?	250
II. Fallbeispiel 2: Umstellung auf erneuerbare Energien	251
III. Fallbeispiel 3: Ein fairer Preis?	252
IV. Fallbeispiel 4: Insolvenzantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit	253
V. Fallbeispiel 5: Teure Kettensäge	254
§ 4 Zwischenfazit	254
 Zweites Kapitel: Meinungsstand – England vs. Deutschland	 256
§ 1 England: Shift of Fiduciary Duties	256
I. Ursprung der Interessenverlagerung –Walker v Wimborne	256
II. Von West Mercia zu Sec. 172 (3) Companies Act 2006	257
1. Dogmatische Einordnung	257
a) Reine Haftungserleichterung?	257
b) Interpretation des Sec. 172 (3) Companies Act 2006	258
2. Offene Fragen	260
a) Zeitpunkt der Interessenverlagerung	260
b) Stellenwert der Gläubigerinteressen	263
c) Partikularinteressen oder Interessen der Gläubigergesamtheit?	264
III. Zwischenfazit	265
§ 2 Deutschland: Alles beim Alten – oder etwa doch nicht?	265
I. Tendenzen in der Rechtsprechung	265
II. Meinungsstand im Schrifttum	267
III. Das ESUG: Neudefinition des Verhältnisses zwischen Gesellschafts- und Insolvenzrecht?	268
§ 3 Zwischenfazit	271

Drittes Kapitel: Übertragbarkeit des englischen Konzeptes?	273
Vierter Teil: Entwicklung eines eigenen Modells zur Interessensaustarierung: Das Drei-Phasen-Modell	275
Erstes Kapitel: Bedarf für ein eigenes Modell	276
§ 1 Faktische Regelungslücke – Fallgruppenanalyse	276
I. Bestandserhalt – Wandel der Interessenlage	277
II. Fallgruppen im Einzelnen	277
III. Zwischenfazit	279
§ 2 Bedürfnis für weitergehenden Gläubigerschutz – Problem der masselosen bzw. -armen Insolvenzen	280
I. Problemaufriss	280
II. Unzulänglichkeit bestehender Gläubigerschutzvorschriften	281
1. Gläubigerschutz als Korrelat zur Haftungsbeschränkung	281
2. Gläubigerschutzvorschriften im Überblick	283
a) Kapitalaufbringung und -erhaltung	283
b) Dem Erhalt der übrigen Insolvenzmasse dienende Vorschriften	284
aa) Insolvenzantragspflicht und Zahlungsverbote bei Insolvenzreife	284
bb) Insolvenzverursachungshaftung	285
cc) Insolvenzanfechtung	286
dd) Nachrangigkeit von Gesellschafterdarlehen	286
ee) Haftung für existenzvernichtende Eingriffe	287
3. Schutzlücken bzw. mangelnde Beachtung und Probleme bei der Rechtsdurchsetzung	289
III. Keine ausreichende Abhilfe durch das ESUG	291
§ 3 Bestehende Rechtsunsicherheit	292
§ 4 Zwischenfazit	292
Zweites Kapitel: Das Drei-Phasen-Modell	294
§ 1 Drohende Unternehmenskrise – Vorrang der Gesellschafterinteressen	294

§ 2 Akute Unternehmenskrise – Vorrang der Gläubigerinteressen	295
I. Ansätze des Gesetzgebers	296
1. Haftung für Zahlungen in der Krise	296
2. Antragsrecht der Gläubiger bei drohender Zahlungsunfähigkeit	297
II. Gründe für einen Vorrang der Gläubigerinteressen in der akuten Unternehmenskrise	297
1. Hohe Gefahr der Masseschmälerung	297
a) Kein ausreichender Schutz durch Vertragsrecht	298
b) Faktische Schutzlücke durch „Covenant Lite“ Darlehen	298
c) Das „Schattendasein“ des § 18 Abs. 1 InsO	299
2. Gläubiger als Träger des Residualinteresses	299
3. Die Rückkehr zum modifizierten zweistufigen Überschuldungsbegriff	300
III. Zwischenfazit	301
§ 3 Präsenzte Unternehmenskrise – Differenzierte Betrachtung	301
I. Grundsatz: Weiterhin Vorrang der Gesellschafterinteressen	301
II. Ausnahme: Bestandsgefährdende Rechtsgeschäfte und Rechtsgeschäfte unter Ungewissheit	302
III. Zwischenfazit	305
§ 4 Drei-Phasen-Modell vs. Gesellschafterwille im GmbH-Recht	305
§ 5 Praktische Konsequenzen des Drei-Phasen-Modells	307
I. Mögliche Auswirkungen auf die Fallgruppen	307
1. Überwachungspflichten – Bestätigung der Intensivierung	308
2. Informationspflichten – Alles wie gehabt?	309
3. Sanierungspflicht – Bestands- wird zur Masseerhaltungspflicht	309
4. Durchführung der Sanierung	310
a) Berücksichtigung der Interessen bei der Auswahl der Sanierungsmaßnahmen	310
b) Sonderfall: Insolvenzplanverfahren als Sanierungsmethode	310
c) Anwendung auf Fallbeispiel 4: Insolvenzantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit	311

5. Risikobehaftete Geschäfte	312
a) Geschäfte in der drohenden und präsenten Unternehmenskrise	312
b) Akute Unternehmenskrise: Kein Verbot jeglichen Risikos	313
c) Anwendung auf die Fallbeispiele	314
aa) Fallbeispiel 1: Sanierung in der Krise – Wieviel Risiko ist erlaubt?	314
bb) Fallbeispiel 2: Umstellung auf erneuerbare Energien	314
cc) Fallbeispiel 3: Ein fairer Preis?	315
II. Zahlungen in der Unternehmenskrise	315
1. Ausweitung der bestehenden Zahlungsverbote	315
2. Anwendung auf Fallbeispiel 5: Teure Kettensäge	316
III. Haftungsrechtliche Konsequenzen	316
1. Status quo: Geschäftsleiterhaftung in der Unternehmenskrise	317
a) Haftungsgrundlagen und Grundsatz der Innenhaftung	317
b) Rolle der Interessensausartierung	318
2. Haftung bei Missachtung des Drei-Phasen-Modells	319
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft	319
aa) Beachtung des Modells als Bestandteil der allgemeinen Sorgfaltspflicht	319
bb) Business Judgment Rule und Beurteilungsspielraum	319
cc) Sonderfall: Ersatz masseschmälernder Zahlungen in der akuten Unternehmenskrise	321
b) Haftung gegenüber den Gesellschaftern	322
c) Haftung gegenüber den Gläubigern	322
aa) Grundsatz: Keine Durchbrechung der Haftungsbegrenzung	322
bb) Ausnahmsweise Außenhaftung als Instrument der Verhaltenssteuerung	323
3. Disponibilität der Haftung	325
4. Zwischenfazit zur Haftung	325
§ 6 Grafische Darstellung: Das Drei-Phasen-Modell	326

Drittes Kapitel: Möglichkeit einer entsprechenden Auslegung des geltenden Rechts	327
Viertes Kapitel: Kodifikation des Drei-Phasen-Modells	329
§ 1 Regelungsauftrag an den Gesetzgeber und Umfang der Regelung	329
§ 2 Verortung: Kollisionsrechtliche Qualifikation als Gesellschaftsrecht	330
§ 3 Vorschlag zur Ergänzung des Aktiengesetzes	332
I. §§ 76a-76c AktG n.F.	333
II. § 92 Abs. 2 AktG n.F.	335
 Fünfter Teil: Fazit, Ausblick und Zusammenfassung	 336
Erstes Kapitel: Fazit der Arbeit	336
Zweites Kapitel: Ausblick nach Brüssel	339
Drittes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	341
§ 1 Interessensausstärkung im laufenden Geschäftsbetrieb	341
§ 2 Definition der Unternehmenskrise	341
§ 3 Überwachungspflichten in der Unternehmenskrise	342
§ 4 Informationspflichten in der Unternehmenskrise	343
§ 5 Sanierungspflicht	345
§ 6 Durchführung der Sanierung	346
§ 7 Risikobehaftete Geschäfte	348
§ 8 Das Drei-Phasen-Modell	351
§ 9 Ausblick nach Brüssel	354
 Literaturverzeichnis	 355